

# ***Solidarität*** ***unsere Chance***

Nummer 118

Mai – Juni 2014

---

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV  
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: [oesolkom@gmx.at](mailto:oesolkom@gmx.at) Web: <http://proSV.akis.at>

---

Telekom-Ausverkauf,  
12-Stunden-Tag-Verhandlungen,  
EU-USA-Freihandelsabkommen,  
Hypo-Alpe-Adria-Rettung,  
Reichenschutz statt Sozialschutz ...

**Genug!**

**Wirklicher Widerstand gegen  
Unternehmerangriffe statt  
Sozialpartnermauschelei!**



**Ausverkauf geht weiter:**  
ÖIAG gibt die Telekom Austria  
zum Abschluss frei. **Seite 3**



**EU-Wahl 2014**  
Wahl, Denkmittelwahl, sozial,  
egal, oder was? **Seite 2**



**12-Stunden-Tag? Nein!**  
Acht Stunden sind genug,  
Arbeitszeitverkürzung! **Seite 4**

„**Unser Europa – Ihre Wahl!**“  
So steht es auf dem Riesenplakat auf dem österreichischen Parlament – und soll uns zur EU-Wahl bewegen. Doch was hier steht verrät ungewollt die Abgehobenheit und die wahren Absichten

der Verantwortlichen: Europa ist „unser“ (also das der Eliten, Banken und Konzerne), aber „ihr“ – also wir – können wählen. Wirklich? Und wenn: Was? Folgendes Flugblatt verbreiten wir seit 1. Mai:



## **EU-Wahl: Man kann wählen, aber nichts entscheiden**

**Alle Parteien in Österreich, egal ob Regierungs- oder Oppositionsparteien, egal ob für oder gegen die EU, alle wollen sie ins EU-Parlament gewählt werden. Doch statt die Interessen der arbeitenden Menschen umzusetzen, sind EU-Kommission, EU-Ministerräte, EU-Parlament willfährige Diener der Konzerne und Banken.**

Am wenigsten zu sagen haben die Abgeordneten im EU-Parlament, am meisten die Bank-, Konzern-, Agrar- und Rüstungslobbyisten. Das zeigt sich bei allen entscheidenden Fragen. Von einem sozialen Europa, von dem bei uns seit 20 Jahren, seit dem Beitritt, geredet wird und das bei jeder Wahl verlangt wird, sind wir weiter entfernt als je zuvor. Die EU-Institutionen haben im Interesse der Konzerne und Banken, zur „Sicherung von Frieden, Wettbewerbsfähigkeit und Standortvorteilen“, wie es in ihrer Sprache heißt, kein soziales Europa, im Gegenteil noch mehr „Neoliberalismus“, d.h. noch mehr Sozial- und Demokratieabbau, noch mehr Atom-, Militär- und Kriegspolitik auf ihren Programmzetteln.

- ⤴ Noch nie gab es in der EU so viele Angriffe auf Löhne, Gehälter, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeit, auf unsere sozialen Lebensbedingungen wie Bildung, Gesundheit oder Pensionen.
- ⤴ Noch nie gab es in der EU so viel Arbeitslosigkeit und Armut
- ⤴ Noch nie wurden so umfangreich die Profite der Konzerne und Banken auf Kosten der breiten Bevölkerungsschichten mit Steuergeldern gesichert und geschützt – bei uns z.,B. Die Hypo-Alpe-Adria
- ⤴ Noch nie gab es eine so große Umverteilung von unten nach oben, so viele Reiche
- ⤴ Noch nie zuvor wurde im Namen der Friedenssicherung die EU-Aufrüstung und die Rüstung in den einzelnen EU-Ländern so vorangetrieben
- ⤴ Noch nie zuvor hat die EU und EU-Mitgliedsländer direkt am Sturz einer gewählten Regierung (Ukraine) mitgewirkt und offen mit Faschisten im Interesse der EU-Konzerne zusammengearbeitet

Die EU ist weder ein Friedens- noch ein Sozialprojekt, sondern eine EU der Konzerne, der Banken, der Atom- und Rüstungsindustrie, eine EU der Herrschaftssicherung der Minderheit der Profiteure über die und auf Kosten der Sozial- und Lebensbedingungen der überwältigenden Allgemeinheit.

Beim EU-Beitritt Österreichs wurde der Bevölkerung u.a. versprochen, dass die Neutralität erhalten bleibt. Seitdem aber haben unsere Verantwortlichen immer mehr versucht, die Neutralität Österreichs zu umgehen. In der Wirtschafts- und Außenpolitik orientieren sich die österreichischen Herrschenden und ihre politischen Vertreter unter dem Deckmantel der „EU-Solidarität“ wiederum mehr oder weniger an dem was Deutschland vorgibt. Das führte schon zweimal in der jüngeren Geschichte Österreichs dazu, dass Menschen in den Weltkriegen für Großmacht- und Konzerninteressen sterben geschickt wurden. Österreichs Lehre aus dem 2. Weltkrieg – nie wieder sterben für Großmachtinteressen – ist die Neutralität Österreichs. Einziger Garant für die Neutralität sind nicht unsere Politiker, sind nicht die EU-Abgeordneten, schon gar nicht die EU-Entscheidungsträger, sondern ist alleine die österreichische Bevölkerung. Diese war vor einem Jahr so klug, dem jüngsten Versuch, die Neutralität mit der Einführung eines Berufsheeres weiter auszuhöhlen, durch das NEIN bei der Volksbefragung einen kräftigen Riegel vorzuschieben.

**Wollen wir uns nicht mitschuldig machen an der weiter zunehmenden Förderung einer EU-Politik, die Krisen- und Kriege provoziert, statt sie zu schlichten, dürfen wir nicht unsere Stimme für so ein Projekt der Kriegspolitik, des Sozial- und Demokratieabbaus abgeben. Vielmehr müssen wir – wo immer wir arbeiten und leben – unsere Stimme dagegen erheben.**

## **EU der Banken und Konzerne – Nein Danke!**

# Hände weg von der Telekom

Carlos Slim will mit seiner „America Movil“ dem Staat Österreich auch noch den letzten Rest Einfluss in Sachen Telekom abkaufen. Der ÖIAG-Aufsichtsrat hat dies schon mit den Kapitalvertretern der Industrielken abgesegnet. Die ÖVP fand das Angebot schon davor „interessant“. Die SPÖ schweigt, stimmt also zu. Arebierkammer und Telekombetriebsräte wollen zwar rechtliche Schritte gegen den Beschluss des Syndikats durch den ÖIAG-Aufsichtsrat ergreifen. Aber ist es dann nicht schon zu spät?

Die Betriebsräte und Gewerkschaftsvertreter im ÖIAG-Aufsichtsrat haben dem Ausverkauf der Telekom nicht zugestimmt. Das ist richtig, aber absolut zu wenig. ÖGB, AK und Telekomgewerkschaft müssen Widerstand dagegen organisieren, um die Regierung – als

Telekom und damit als Eigentümervertreter der österreichischen Bevölkerung, die mehrheitlich für den Erhalt der Telekom in österreichischem Eigentum ist – zu zwingen, die Privatisierung zu unterbinden. Wie? Indem die Regierung den unter dubiosen Umständen zustande gekommenen Syndikatsvertrag mit Carlos Slim und damit den Ausverkauf für nichtig erklärt.



## Geld ist genug da

Geld zur Erhaltung der Telekom ist Österreichs Hand ist genug da: Seit 2003 hat die Telekom ca. letztes Jahr 1,03 Milliarden Euro

gebracht. Würde dieses Geld 2,4 Milliarden an Gewinn ausgeschüttet, die Versteigerung der LTE\_Lizent hat dem Budget nicht via Budget wiederum an die Privatunternehmer verteilt, sondern für die Erhaltung des beherrschenden Einflusses der Republik Österreich bei der Telekom Austria verwendet.

Es ist fatal auch noch die letzten Stücke aus dem Familiensilber zu verscherbeln! A1-Telekom ist verantwortlich für einen großen und wichtigen Teil unserer Infrastruktur. Internet- und Telefonleitungen, Notfalleinrichtungen und vieles mehr dürfen im Interesse der Beschäftigten und der Allgemeinheit nicht in die Hände privater Unternehmen und ihrem Profitstreben gelegt werden. Beschäftigtenabbau und Verlagerungen sind geplant.

**Telekom-Privatisierung - Nein!**

**Zum Telekom-Ausverkauf haben wir ein Flugblatt mit Unterschriftenliste gegen den Ausverkauf in der Öffentlichkeit und unter den Telekom-Beschäftigte verbreitet. Unterschriften-Listen können bei uns angefordert oder selbst heruntergeladen werden unter: <http://prosv.akis.at>**

## Was Privatisierungen wem bringen

Durch die bereits erfolgten Privatisierungen sind laut Gewerkschaft bei der Post 7.000, bei der Telekom 5.000 und bei der OMV 3.000 Jobs verloren gegangen und haben dem Steuerzahler nichts gebracht. So hat der Verkauf von 49 Prozent der Post 650 Mio. Euro fürs Budget gebracht, gleichzeitig entgingen dem Staat, also uns Steuerzahlern, 510 Mio. Euro an Dividenden. Laut Arbeiterkammer haben sich die bisherigen Privatisierungen von Post, OMV und Telekom für den Staat als Verlustgeschäft herausgestellt: Stellt man die Einmaleinnahmen die Einnahmeverluste gegenüber, dann ergibt sich ein Minus von rund 1,8 Milliarden Euro!

## Voestalpine: Der Chef droht, kassiert und die Beschäftigten sollen zahlen

Voest-Chef Eder droht mit Abwanderung, wenn er keine besseren Standortbedingungen in Österreich bekommt und brüllt genauso wie seine „Unternehmerkollegen“ das Lied vom „armen Kaufmann“. Gleichzeitig verordnet er den Voest-Beschäftigten ein neues Sparpaket und

die Betriebsratsoberen, z.T. auch in hohen Polit-Funktionen und mit stolzen Gagen, stimmen zu. Die Voest-Privatisierung hat nur den Aktionären etwas gebracht. Laut AK wurde ja 2003 die Voest um fast eine halbe Milliarde Euro zu wenig an private Aktionäre verscherbelt. Abgesehen von den

Dividendenausfällen, sieht man wohin es führt, wenn Österreich keine Eigentumsmehrheit mehr hat, wenn Voest-Chef Eder jetzt mit Abwanderung droht. Der Voest-Chef, der das 10-fache an Jahresgehalt seine Vorgängers Strahammer, nämlich dzt. 2,3 Millionen Euro im Jahr, verdient.

# **Lenzing: Arbeiteropfer sind Unternehmer- gewinne**

Vor Jahren wurde die Lenzing AG vergleichsweise um einen Pappenstil privatisiert. Die Gewinne, die die Arbeiter dort erwirtschaften, streifen private Aktionären ein.

Der Arbeitsdruck steigt, die Unternehmerwillkür geht zuletzt soweit, dass 600 Beschäftigte

gekündigt werden sollen, während gleichzeitig an die Aktionäre 46 Millionen an Dividende Euro ausgeschüttet werden sollen.

**Damit wären locker die 600 Arbeitsplätze zu halten!**

**8 – 8 – 8 - das haben wir vollbracht!**

**NEIN zu 12 Stunden Arbeit am Tag – egal in welcher Form!**

**Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Schlaf, acht Stunden Freizeit – ist ein lang und blutig erkämpfter Fortschritt der Arbeiterinnen und Arbeiter. Das ist gut für Gesellschaft, Gesundheit und Familie! Darum sind wir Betriebsräte und Betriebsrätinnen, darum sind Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen gegen eine Ausweitung der Arbeitszeit auf 12 Stunden am Tag in jeder Form – auch nicht auf Abtausch (z.B. gegen eine 6. Urlaubswoche)**

Wir sind empört: Das ist der bisher schärfste Angriff von Unternehmer und Regierung auf das Arbeitszeitgesetz, auf den gesetzlichen Schutz der Arbeiter und Angestellten vor Unternehmerwillkür. Wir können, wollen und werden nicht weiter zusehen, wie mit fadenscheinigen und teilweise bewusst falschen Aussagen in das Leben und die Rechte der ArbeitnehmerInnen eingegriffen werden soll.

**Mit diesem Flugblatt und einer dazugehörigen Unterschriftenliste sammeln wir aktuell gegen die Pläne von Wirtschaft und Gewerkschaft, in noch mehr Bereichen einen 12-Stunden-Arbeitstag per Arbeitszeitgesetz zuzulassen.**

Es ist eine Schande und fatal, dass die Gewerkschaft sich prinzipiell bereit erklärt – und bereits geheim verhandelt – 12 Stunden tägliche Arbeitszeit bei Gleitzeit und aktiven Reisezeiten, was 100.000de Arbeitende betrifft (!), im Abtausch gegen angebliche Verbesserungen bei All-in-Verträ-

gen und der Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche für alle (nach 25 Jahren !!!) zu akzeptieren.

Das wäre der Einstieg der Unternehmer in die Zerstörung des Arbeitszeitgesetzes. Kollektivvertrag und Betriebsvereinbarungen sind da ein viel schwächerer Schutz, weil die BelegschaftsvertreterInnen vor Ort dem Druck der Unternehmer noch mehr ausgesetzt wären, ein Gesetz aber für alle gilt und bereits erkämpft wurde. Bei einer Zusage der Gewerkschaftsoberen zu so einer Regelung, wird der Klassenkampf von

oben noch mehr erleichtert und schwächt die Beschäftigten stark in ihren Arbeits- und Lebensbedingungen und schadet ihrer Gesundheit. Da würde selbst die vielleicht erhoffte 4-Tage Woche (mit 12 Stunden-Tag) nicht mehr Gesundheit und mehr echte Freizeit, sondern mehr Stress und weniger Gesundheit bringen, ganz abgesehen davon, dass die Unternehmenseite sich davon erhofft auch noch weniger Überstunden auszahlen zu müssen. Das bedeutet einen Verlust von Einkommen und Lebensqualität für die arbeitenden Menschen!

**Unterschriften-Listen können bei uns angefordert oder selbst heruntergeladen werden unter: <http://prosv.akis.at>**

# Ukraine: Worum es wirklich geht!

## Oder: Wie sich Täter zu Opfern erklären

**Die Ukraine steht am Rand eines Bürgerkrieges.** Die durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene, von USA, EU, Deutschland, Frankreich und Polen gesteuerte, ermutigte und unterstützte Regierung in Kiew schickt nun Panzer gegen diejenigen Kräfte im Osten der Ukraine, die diese durch einen rechten Putsch an die Macht gekommen, selbsternannte und mit Faschisten durchgesetzte Regierung und deren EU-Anbindung ablehnen.

Die Gegner der Kiewer Regierung haben in etlichen Städten Parlamentsgebäude und Polizeistationen besetzt und kämpfen für ein Referendum, in dem über den zukünftigen Status ihres Gebietes abgestimmt werden soll. In Odessa im Süden der Ukraine flüchten Gegner der selbsternannten Kiewer Regierung vor Anhängern dieser Regierung, darunter etliche Faschisten des „Rechten Sektors“, in das Gewerkschaftshaus, welches in Brand gesetzt wird. Die Ausgänge werden von den Faschisten blockiert. Mehr als 40 Menschen sterben in den Flammen oder beim Versuch, sich durch einen Sprung aus den Fenstern zu retten.

All das hindert die Bundesregierung nicht, die Kiewer Regierung weiter zu unterstützen. Ganz im Gegenteil. Die Besetzungen der Parlamentsgebäude im Osten werden als illegitim verurteilt, während die ebenfalls mit Besetzungen und offener Gewalt sich an die Macht geputschte Regierung als demokratische, rechtmäßige Übergangsregierung der Ukraine anerkannt wird. Die russische Regierung wird beschuldigt, aus reinem Machtkalkül die Krise anzuhetzen, um nach der „völkerrecht-

widrigen Annexion“ der Krim einen Anlass zu finden, weitere Teile der Ukraine zu annektieren. Man muss nicht Partei für die russische Regierung ergreifen, sondern nur die jüngste Geschichte anschauen, um festzustellen, dass die Vertreter von USA, EU und der österreichischen Regierung und Medien das Völkerrecht so hinbiegen, wie sie es brauchen.

Die Ukraine liegt strategisch zwischen EU bzw. NATO-Staaten und Russland. Seit dem Zerfall der Sowjetunion trachten sowohl die USA als auch die EU, von Deutschland dominiert, die Ukraine auf ihre Seite zu ziehen. Für Russland ist die Ukraine ein wichtiger Markt und ein an sein Territorium angrenzendes Land, in dem feindliche Truppen bzw. Raketen eine direkte Bedrohung darstellen. Deshalb ist ein möglicher NATO-Beitritt der Ukraine für Russland schon seit vielen Jahren eine rote Linie. Es geht in dem Konflikt nicht um das Wohl des ukrainischen Volkes, das einen Durchschnittsverdienst von 220.- Euro im Monat hat. Dem stehen eine Hand voll Oligarchen gegenüber. Weder Janukowitsch, der jedoch gewählt war, als auch der stv. Vorsitzende der Timoschenko-Partei und dzt. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk, der US-Favorit, haben das Wohl der Menschen im Auge! Das ukrainische Volk ist ein Spielball im Konkurrenzkampf der USA und der EU, in der schon heute Deutschland wirtschaftlich und politisch den Ton angibt.

### USA

Den USA, die einzige Supermacht, geht es darum, ihre Vorherrschaft wirtschaftlich, politisch und militärisch auf der Welt auszubauen. Russland und

auch schon länger China werden schrittweise eingekreist und vor allem auch militärisch bedroht.

Man nehme einen Atlas zu Hand und markiere die folgenden Länder: Japan, Südkorea, Pakistan, Afghanistan, Usbekistan, Kasachstan, Turkmenistan, Türkei, Kirgistan, Turkmenistan, Armenien, Ukraine, Georgien, Aserbaidshan, Moldawien, Polen Rumänien, Ungarn, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland Bulgarien. In all diesen Ländern befinden sich derzeit schon Militärbasen, Radarstationen, Raketenstellungen oder ähnliche militärische Einrichtungen der USA. Fast alle diese Länder haben eine gemeinsame Grenze mit Russland. Wäre auch der Iran auf dieser Liste, dann wäre die Einkreisung komplett.

### Deutschland und die EU

Für die USA ist die EU mit ihren imperialen Ambitionen nicht nur wirtschaftlich sondern auch strategisch, militärisch der Konkurrent.

Vor allem Deutschland will nun entsprechend seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung in Europa zunehmend seine Einflusssphären auch geopolitisch vergrößern und militärisch absichern und das gerade auch in der Ukraine!

### Lügenpropaganda

Tagtäglich werden wir mit der beispiellosen Lügenpropaganda überschüttet, dass Putin den Westen bedroht. **Diese Propaganda nützt der Kriegsvorbereitung!** Wir sind keine Anhänger von Putin. Aber wenn der „Westen“ von Putins Diktat und Demokratiefeindlichkeit spricht, dann müsste dieser Maßstab für die USA selbst genauso gelten, führen diese doch überall auf der Welt Kriege (z.B. Irak, Afgha-

nistan), marschieren ein, machen auf fremden Territorien Militäreinsätze, wie zuletzt gerade in Lybien. Genauso müsste das gelten für alle Diktaturen, die von den USA bzw. der „freien Welt“ unterstützt werden, ob für Saudi Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Kuwait, Oman, für afrikanische Diktaturen usw.. **Es ist nicht Russland, das die „freie Welt“ mit neuen Kriegen bedroht, sondern die Konkurrenz der Westmächte untereinander und mit Russland, die uns, um noch höherer Profite willen, in immer weitere Kriege stürzt.**

Es sind vor allem die USA, die im Kampf um Eurasien, den Kampf um die globale Vorherrschaft führen. Wer Eurasien beherrscht, beherrscht die Welt, das ist die Strategie, die einer der wichtigsten US-Sicherheitsberater Z. Brzezinski schon 1994 und 2006 erläutert hat und der die USA seit langem folgen. Eurasien ist der mit Abstand größte Kontinent, mit 75% der Weltbevölkerung und 3/4 der weltweit bekannten Energievorkommen. (Z. Brzezinski: The Grand Chessboard, S. 57. Deutsch: Die einzige Weltmacht)

Brzezinski berät auch Obama. Er führte weiters aus, dass eine Zustimmung der amerikanischen Bevölkerung zu dieser US-Außenpolitik immer „schwerer herbeizuführen sei ... außer in Fällen einer wirklich massiven und von breiten Bevölkerungskreisen so empfundenen unmittelbaren Bedrohung von außen ...“ (Z. Brzezinski: Die einzige Weltmacht).

Heute, so will man uns weismachen, gibt es diese Bedrohung: es seien die Terroristen, vor allem aus dem Islam oder überhaupt der Islam, nun Russland und zunehmend China. Ja letztlich gelten alle Staaten als eine „Bedrohung“ für die USA, für den Westen, in denen sich die

Regierenden nicht freiwillig dem Diktat des Kapitals, des IWF, der Weltbank unterordnen.

### **Weltmachtstrategie der USA**

Für die USA ist das wichtigste Ziel, um Eurasien zu beherrschen, Russland langfristig zu besiegen. Es muss geschwächt werden, geht es nach den US-Strategen, soll es sogar geteilt werden. Das müsse und könne von drei "Brückenköpfen" aus geschehen:

- im Westen durch NATO- und EU-Erweiterung;

- im Osten durch einen Block aus Japan, Korea, Taiwan;

- im Süden, am „Bauch Russlands“, durch Eingriffe in das, was Brzezinski den "Eurasischen Balkan" nennt: Iran, Irak, Afghanistan und die kaspisch-kaukasische Region von der Ukraine bis Usbekistan. In diesem Raum gelte es für Amerika, sich die "Filetstücke" der globalen Energieressourcen zu sichern (Z. Brzezinski). Deshalb führten die USA Krieg gegen Afghanistan und Irak und ist nun der „EU-Maidan“ (Ukraine) der vorläufige Höhepunkt einer langen Kette von reichlich subventionierten Umstürzen in Ländern Südosteuropas und der früheren Sowjetunion wie Jugoslawien (1991-1999), Georgien (2003), Ukraine (2004), Usbekistan (2005) usw. Daher haben die USA in Tschechien und Rumänien Raketenabwehrschilde installiert, deswegen ist Polen längst in der NATO und deshalb sind dort auch Patriot-Raketen und US-Militär stationiert.

Über die Ukraine schrieb Z. Brzezinski schon 1994: „Russland ohne die Ukraine ist kein Imperium mehr"... „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr“.

### **Ukraine: Die Fädenzieher**

Schon 2004 bei der vom US-Milliardär Soros finanzierten „Orangen Revolution“ in der

Ukraine wurde Timoschenko zur Präsidentin gemacht. Mit dubiosen Gasgeschäften und Abkommen mit Russland zu riesigem Reichtum gekommen, ist sie unter der Bevölkerung der Ukraine nicht sehr beliebt. Deshalb gewann Janukowitsch die letzten Wahlen. Wie unpopulär die Regierung Janukowitsch auch gewesen sein mag, weggeputscht wurde sie nun mit Hilfe von Faschisten, Rechten und Timoschenko-Leuten.

**Janukowitsch wollte sowohl mit Russland als auch mit der EU Abkommen schließen.** Er weigerte sich das jüngste, jetzt geschlossene EU-Abkommen zu unterzeichnen, weil dieses die Ukraine wirtschaftlich einseitig dem EU-Kapital öffnet, was den Ruin eines größeren Teils der ukrainischen Industriebetriebe mit sich bringt. Darüber hinaus sieht das Abkommen EU-Truppenstationierungen in der Ukraine vor. Janukowitsch lehnte auch dies ab, weil ihm klar war, dass Russland diese Tatsache nicht einfach hinnehmen würde und dies somit wirtschaftliche Nachteile für die Ukraine zur Folge hätte. Kurz darauf kam es zum Staatsstreich! Sowohl die USA als auch die EU unter Führung von Deutschlands SPD-Außenminister Steinmeier kooperierten, finanzierten und steuerten sogar die Rechten und Faschisten. Es begannen die von der Timoschenko-Partei und Faschisten organisierten und bewaffneten Proteste und Janukowitsch wurde weggepuscht. Der ORF machte rechtsextreme Kräfte maßgeblich für die blutige Eskalation in Kiew verantwortlich, die auch Scharfschützen auf die Straßen von Kiew geschickt haben. (ORF 20.2. 2014) Dazu sagte der estnische Außenminister in einem Telefonat mit EU-Außenbeauftragte Cathrin Ashton, dass nach seinen Informationen die Scharfschützen, die in Kiew auf

Demonstranten und Polizisten geschossen haben, von den Führern der Maidan-Bewegung angeheuert wurden! (The Guardian, 5.3. 2014)

### **Machtkampf USA - EU**

Victoria Nuland, Abteilungsleiterin im US-Außenministerium für Europafragen, hat sich in einem abgehörten Telefonat mit dem US-Botschafter in der Ukraine gegen eine Regierungsbeteiligung des mit viel Geld und Know-How aus Deutschland aufgepäppelten V. Klitschko ausgesprochen. (Focus 6.2. 2014) Die USA setzen auf die Timoschenko-Partei, haben deren Stellvertreter als Interimspremier installiert und zugelassen, dass Faschisten des „Rechten Sektors“ wichtige Ministerposten in Kiew haben. Die USA seien auch nicht bereit, ihre Investitionen zugunsten Deutschlands abzuschreiben. (Nuland) Öffentlich erklärte Nuland: Wir (die USA) haben mehr als 5 Mrd. Dollar investiert“,... „in der Ukraine seit 1991 ...“, um „... Institutionen aufzubauen...“. In dem Telefonat wird die Konkurrenz zwischen den USA und Deutschland sichtbar! Sie liefern sich einen Wettlauf um Einfluss und Macht in der Ukraine. Opfer ist das ukrainische Volk.

Chaos, Instabilität, ja selbst bürgerkriegsähnliche Zustände in der Ukraine sind im Interesse der USA. Die USA haben jedes Interesse daran dass zwischen Russland und der Ukraine kein Frieden herrscht und keine normalen stabilen Wirtschaftsbeziehungen. Das schwächt Russland wirtschaftlich und bindet dauerhaft militärische Kräfte und es schwächt Deutschland mit seinen imperialen Plänen. Von diesem Machtkampf USA – EU, vor allem Deutschland, um die und in der Ukraine durch die diversen dortigen Stellvertreter wird dadurch abgelenkt, dass

man die Übernahme der Ukraine durch Russland an die Wand malt.

### **Ukraine: Das Volk soll zahlen**

Das Erste, was die neue, durch Putsch an die Macht gekommene Ukraine-Regierung tat, war, um Finanzhilfe bei den USA, der EU und den IWF (Internat. Währungsfonds) zu betteln. Und der IWF hat gleich klar gemacht, dass das nur gehe, wenn der ukrainischen Bevölkerung entsprechende Opfer abverlangt werden. Auch der für Osteuropa Beauftragte der deutschen Bundesregierung, Gernot Erler (SPD), äußerte, dass die Ukrainer den Gürtel enger schnallen müssten. Dabei ist deren Gürtel schon sehr eng geschnallt. Erler wies auf den subventionierten Gaspreis hin und die zu hohen Löhne und Renten. Es geht um die noch weitere Absenkung des ohnehin schon niedrigen Lebensstandards ins Uferlose. Die Mindestrente, die gut 80% der Bevölkerung betreffen, liegt bei rund 80 Euro im Monat.

Dazu ein Kapitalmarktexperte: „Ein ganz ungeheures Potential würde sich da öffnen. Die Ukraine ist auch ein ganz großer Markt. ... Das Pro-Kopf-Einkommen ist sehr niedrig! ... Das können wir ... nutzen, das könnte zu einer Art Werkbank werden, für die EU...“ (24.02.14, Börsenbericht der ARD). „Ein Land, reich an Ressourcen, noch dazu pleite und an ein geringes Lohnniveau gewöhnt — wenn wir die an die EU binden, produzieren die für uns billig mit qualifizierten Kräften unter Nutzung ihrer Bodenschätze. Und exportieren können wir dann auch vielmehr dorthin.“ (akin Nr. 6/2014) Im Übrigen sind die durchschnittlichen Arbeitskosten (Bruttolöhne und Lohn-Nebenkosten) in der Ukraine mit 2,50 Euro pro Stunde unter denen Chinas (3,17 Euro),

in Deutschland sind sie 35,66 Euro (Statistik des Instituts für deutsche Wirtschaft). Davon bleiben dann den Beschäftigten in der Ukraine ca. 1,25.- Euro/h, denen in Deutschland ca. 17,80.- Euro/h brutto.

**Die deutsche Industrie**, die sowohl wirtschaftlich als auch militärisch größtes Interesse an der Entwicklung Deutschlands zur imperialen Großmacht hat, entwickelt daher an vorderster Stelle die EU-Strategiestudie von 2010. Darin schreibt der Autor T. Ries relativ direkt, dass die EU-Staaten im Interesse und zum Schutz der großen Kapitalgruppen und ihrer Profite auch militärisch intervenieren müssen. Ries sagt u.a. dass in der Welt zwei Gruppen herrschen: „Die erste Gruppe sind die transnationalen Konzerne. (Das sind 0,1% der Weltbevölkerung). Die zweite Gruppe sind die OECD Staaten, das sind die EU-Staaten, USA, Kanada, Australien und Japan. Sie müssen mit den transnationalen Konzernen, das sind die 1.000 größten Vermögen, eine symbiotische Beziehung finden“ ... Sie haben größere Macht als je zuvor. Doch sie brauchen den Staat und der Staat braucht sie.“ ... Die EU... „muss den Fluss der transnationalen Ströme sichern und gegenüber den Staaten, die sich dem entgegenstellen, kann es zur direkten militärischen Konfrontation kommen.“...Es gilt, diese Staaten, ..., soweit wie möglich umzu-drehen“...„Zu diesen Staaten zählt...wenn auch noch mit Fragezeichen Russland.“ (T.Ries:EU-Strategiestudie

[www.iss.europa.eu/uploads/media/What\\_ambitions\\_for\\_European\\_defence\\_in\\_2020.pdf](http://www.iss.europa.eu/uploads/media/What_ambitions_for_European_defence_in_2020.pdf))

Deutschland tätigt in der Ukraine die zweitgrößten ausländischen Direktinvestitionen. Es geht einerseits darum, den „neoliberalen Umbau weiter zu

forcieren und andererseits den westeuropäischen Konzernen ein riesiges Absatz- und Investitionsgebiet zu erschließen.

Darüber hinaus erscheint den deutschen Herrschenden die Ukraine als wesentliches Einfallstor zur Einverleibung des gesamten postsowjetischen Raums“.(J.Wagner: IMI Studie Nr.2/2014, S.2) Es geht darum: „Wo soll die östliche Grenze der EU liegen, wo die westliche Grenze des russischen Einflussgebietes“.(Sommer: Die Zeit online 25.11.13) Ein Ex-Leiter des Planungstabes im deutschen Verteidigungsministerium weist sinngemäß darauf hin, dass Russland militärisch kaum zu verteidigen ist, wenn ein Angriff vom Territorium der Ukraine käme. Auch deshalb hat wohl Russland schon lange einen NATO Beitritt der Ukraine als rote Linie bezeichnet!

Nun, mit der neuen, nicht gewählten Regierung der Ukraine, kommt es neben dem Wirtschaftsabkommen zu einem Militärabkommen mit der EU, was auch Deutschlands Position weiter stärkt! (J. Wagner: S.5. IMI Studie Nr.2/2014) „...25 Jahre nach dem Ende des kalten Krieges geht es darum,...die früheren Sowjetrepubliken in seinen (=Deutschlands) Einflussbereich zu ziehen.“ (N. Blome: Der Spiegel, 50/2013).

In diesem Zusammenhang sagte EU-Außenbeauftragte C. Ashton, „dass Europa mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit und die seiner Nachbarschaft übernehmen muss.... Die Union muss in der Lage sein als Sicherheitsgarant – mit Partnern so weit möglich, autonom wenn nötig – in ihrer Nachbarschaft entschieden zu handeln, dies schließt direkte Interventionen ein“.(Jürgen Wagner: IMI Studie Nr.2/2014, S.5) In D.h., dass die EU nun auch ohne den USA ihre Interessen militärisch durchsetzen wollen.

### **Gefährliche Zündelei**

Angestiftet und bezahlt durch USA und EU, hat sich in der Ukraine die Timoschenko-Gruppe, Rechte u. Faschisten mit einem gewalttätigen Staatsstreich an die Regierung gepusht, was jedes Gerede von Demokratie Lüge straft. Die Ukraine wird so zu einem dauerhaften Krisenherd, die Region destabilisiert, Russland dadurch geschwächt, ebenso jedoch Deutschland, das sehr wohl wirtschaftlich am Handel mit Russland interessiert ist. Es macht dennoch mit, auch aus Sorge in der Region sonst den Anschluss bei den osteuropäischen Staaten zu verlieren und gerät so, mit einer chronischen Konfrontation mit Russland, erst recht in mehr Abhängigkeit zu den USA!

### **Österreichs Rolle**

Heute pocht die SPÖVP-Regierung auf die territoriale Integrität des ukrainischen Staates, kommentierte zuvor höchst wohlwollend die Proteste der EU-orientierten Kräfte und unterstützt nun die durch einen rechten Putsch hochgekommene, selbst ernannte Regierung in Kiew. Das widerspricht unsrer Neutralität!

Statt verlängerte Werkbank und Aufmarschgebiet für USA und Deutschland zu werden, wäre für das ukrainische Volk die Neutralität gegenüber USA /EU und Russland die einzige Lösung im Interesse der Menschen. Das zu fordern hieße von unserer Regierung Verantwortung für die Region zu übernehmen. Österreich muss diese Machenschaften scharf verurteilen, nicht mitspielen, wie Faymann, Spindelegger, Kurz oder Klug usw.

**Die Herrschaften von USA, EU und Deutschland wollen die Ukraine als Ganzes in ihrem Einflussbereich bekommen – und dem Einfluss Russlands entreißen. Darum geht es, nicht um irgendein Völkerrecht.**

*Weitere Quellen: Auf Draht, Osietzky Nr. 9/14, GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg,*

---

## **Liebe Kolleginnen und Kollegen!**

**Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen, die wir im Sinne unseren gemeinsamen Arbeit auch weiterhin benötigen.**

**Mit kollegialen Grüßen, ÖSK**

Österreichische Post AG Info.Mail Entgelt bezahlt  
Abs. Österreich. Solidaritätskomitee. Stiftg. 8, 1070 Wien

---

## **Spenden-Einzahlungen**

Mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

**EmpfängerIn:** W. Leisch,  
**Verwendungszweck:** ÖSK, Spende  
**BIC:** OPSKATWW,  
**IBAN:** AT98 6000 0000 7934 8267

**Danke!**

**Impressum:** Medieninhaber, Herausgeber, Druck  
und Redaktion: Österr. Solidaritätskomitee,  
Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 188951949